

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Wolfram Prieß und Andreas Baum (PIRATEN)

vom 28. Januar 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2015) und **Antwort**

Staatsopernskandal XII: Welche Rolle spielt der Bund?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In welcher Art und Weise ist die Bundesrepublik Deutschland mit welchen Stellen am Projekt Sanierung der Staatsoper Unter den Linden beteiligt?

Zu 1.: Die Bundesrepublik Deutschland ist, vertreten durch die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM), Zuwendungsgeberin für die Baumaßnahme „Sanierung und Grundinstandsetzung Staatsoper“.

Die BKM bedient sich dabei des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR), bei dem jährlich die Zuwendungsmittel durch das Land Berlin angefordert werden.

Alle drei Stellen waren von Anfang an über die Projekt- bzw. Baubegleitenden Ausschüsse (PBA / BBA) sowie über sog. „Bundesbehörden Jour Fixe“ in Planung und Realisierung der Baumaßnahme einbezogen.

Das finanzielle Engagement des Bundes geht zurück auf den Hauptstadtfinanzierungsvertrag, dessen § 2 durch die Durchführungsvereinbarung vom 16.07.2009 konkretisiert wird und das Bedarfsprogramm IIa als Grundlage der Zuwendung festschreibt.

2. Besitzt die Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang Weisungsrechte oder Zurückbehaltungsrechte? Wenn ja, wie wurden diese institutionalisiert und wann wurde in welchem Zusammenhang von diesen Rechten Gebrauch gemacht?

3. Auf welche Art und Weise und in welchem Rahmen tauschen sich welche Vertreter des Landes Berlin und des Bundes über den jeweiligen Sachstand des Projekts Sanierung der Staatsoper Unter den Linden aus?

Zu 2. und 3.: Weisungsrechte bestehen nicht. Denkbar wäre aber, dass der Bund Mittelerrstattungen ablehnt, wenn das Land Berlin sich nicht an die in der Durchführungsvereinbarung vom 16.07.2009 festgehaltenen Rahmenseetzungen hielte.

Dies war bisher nicht der Fall. Über die unter Antwort zu 1. genannten Gremien – „Bundesbehörden Jour Fixe“ und PBA / BBA – ist ein kontinuierlicher Austausch institutionalisiert.

Berlin, den 10. Februar 2015

In Vertretung

Tim Renner

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Feb. 2015)